

PODIUM**SVP: Allein gegen die Reitschule**

Die rechtsbürgerliche Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» wurde an einer Podiumsdiskussion der jungen FDP zerpfückt. SVPlar Simon Glauser geriet in Argumentationsnotstand.

Der Saal im Käfigturm war zum Bersten voll. Und doch sass SVP-Stadtrat Simon Glauser einsam und verlassen da. 50 Personen waren der Einladung der Jungen FDP gefolgt, um über die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» zu diskutieren. Doch unter ihnen fand sich nur ein Befürworter der Vorlage: Mitinitiant Glauser.

Die Initiative verlange für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe sowie der Wohn- und Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Gebühren, erklärte Glauser. Die Betreiber hätten die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern zu entrichten und alle notwendigen Bewilligungen einzuholen. «Aber all diese Forderungen erfüllt die Reitschule bereits, seit sie mit der Stadt den Leistungsvertrag abgeschlossen hat», entgegnete der jungfreisinnige Bernhard Eicher. Die Initiative von SVP und SD sei darum pure Zwängerei. «Sie bringt nichts. Nichts als Aufwand für die Verwaltung und Kosten für den Steuerzahler.»

Probleme ausgeklammert

Glauser gestand ein, dass der Reitschulbetrieb seit Vertragsabschluss Ende 2003 «einigermassen geregelt» ablaufe. Er betonte gar, dass die Veranstaltungen «nicht mehr aus dem Kulturangebot der Stadt wegzudenken» seien. Was ihn indes störe, seien linksautonome Gruppen, die in den Räumen der Reitschule ihren «logistischen Standort» hätten. Ausserdem sei das Gewalt- und Drogenproblem auf dem Vorplatz nach wie vor ungelöst. «Genau», pflichtete ihm Bernhard Eicher lächelnd bei. «Nur geht eure Initiative mit keinem Wort auf diese echten Probleme der Reitschule ein.»

Reitschule «bodigen»

Sandro Widmer von der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule Ikur äusserte den Verdacht, dass es den Initianten um mehr geht, als die im Initiativtext formulierten Ziele. «Schon drei Mal habt ihr versucht, mit einer Abstimmung die Reitschule zu bodigen», sagte er an die Adresse Glausers. «Und jetzt versucht ihr es am 27. November aus Profilierungssucht zum vierten Mal.» pas

«Die Initiative bringt nichts als Aufwand für die Verwaltung und Kosten für den Steuerzahler.»